

nigte Einführung der Phasenpauschalierung, beschleunigte Aufhebung der Hauszinssteuer, Beseitigung der Gesellschaftsteuer für offene Handels- und Kommanditgesellschaften betreffen, betont, daß das kommende Steuersystem vor allem eine gerechte Besteuerung des selbständigen Mittelstandes enthalten müsse. In sozialpolitischer Hinsicht setzt sich das Programm für die Umstellung der Lohnpolitik auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und äußerste Beschränkung der Verbindlichkeitserklärungen auf Notfälle von öffentlicher Bedeutung ein. Weitere Forderungen beziehen sich auf das Ladenmietrecht (Standortschutz), die Neugestaltung des Gewerberechts, insbesondere einheitliche Durchführung des Lebensmittelgesetzes, die Abwehr von Ausschaltungen des Einzelhandels durch politisch begünstigte Unternehmungen usw. Für die Landwirtschaft verlangt die Hauptgemeinschaft Förderung der Standardisierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Zusammenarbeit der Einzelhandelsfachverbände mit den landwirtschaftlichen Organisationen, Stärkung der landwirtschaftlichen Veredelungsarbeit, Abwehr höherer Zölle für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte, für die Industrie eine Erweiterung der Kartellaufsicht (Kartellregister). Schließlich wird auf die Notwendigkeit der Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogrammes durch die Reichsregierung im Einvernehmen mit den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hingewiesen. Der Arbeitsdienst sei als »System der zu leistenden Arbeit« anzuwenden. Eine ausgesprochene Binnenmarktpolitik wird abgelehnt. An der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches, der Länder und Gemeinden müßten die Berufsverbände aller Wirtschaftsgruppen mitwirken. Aus Reichsrat und Reichswirtschaftsrat sowie aus einer Ständevertretung der freien Berufe sei eine neue Erste Kammer zu bilden.

Dieses Programm der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels enthält viel, was auch der Buchhandel vertritt, wie sich aus der Natur der Sache ergibt. In einigen Punkten wird man vielleicht etwas anderer Meinung sein können. So weitgehend aber auch alle bisher bekanntgewordenen Pläne und Vorschläge übereinstimmen, so sehr sich selbst die auf grundsätzlich entgegengesetzten Thesen und Anschauungen aufbauenden möchten einander annähern lassen bis zum vollendeten Kompromiß, wirkliche Einheit und Einigkeit bliebe, solange Ausgangspunkt die widerstrebenden Interessenten und Parteien sein sollen, doch wohl frommer Wunsch. Ohne straffe, einheitliche Führung kommt die Entwicklung aber überhaupt nicht in Gang. Und darauf allein kommt es doch an, daß endlich, endlich einmal etwas geschieht, daß des ewigen Parlamentierens endlich einmal ein Ende ist und statt endloser Worte die Tat zu ihrem Recht kommt. Allein unter diesem Gesichtspunkt sollte vor allem das jetzige Regierungsprogramm in erster Linie betrachtet und beurteilt werden.

Ein abschließendes Urteil über die letzten Notverordnungen wird überhaupt erst möglich werden, wenn die erforderlichen Ausführungsbestimmungen vorliegen werden.

Nur zum Grundsätzlichen kann man vorläufig Stellung nehmen. Man muß dabei zwischen dem eigentlichen Wirtschaftsprogramm und den sozialpolitischen Bestandteilen des Ganzen unterscheiden. Hinsichtlich der letzteren sind die Bedenken, die laut geworden sind, sowohl vom taktisch-psychologischen wie vom sachlichen Gesichtspunkt nicht ungerechtfertigt. Der von anderer Seite vertretene Standpunkt, daß eine Lösung dieser Fragen am besten durch ihre Überlassung an die zur Selbstverwaltung heranzuziehenden und zu erziehenden Gewerkschaften zu suchen wäre, hat viel für sich. In dieser Beziehung scheint aber auch noch alles offen zu sein, sodaß die von Seiten der Gewerkschaften angemeldeten Widerstände vielleicht nicht unüberwindlich zu sein brauchen, selbst wenn die politischen Parteien parlamentarisch ausgeschaltet bleiben. Die Arbeitgeberschaft brauchte in ihren berechtigten Interessen dabei nicht gefährdet zu werden. Hier beanstandet man mit Recht in erster Linie die Einstellungsprämie als böse Ungerechtigkeit. Sie ist in der Tat gerade für die sozial verantwortungsbewußten Unternehmer, die ihre Belegschaften bis zum äußersten Tragbaren durchgehalten haben, nahezu eine Strafe.

Auch hier aber können die Ausführungsbestimmungen noch Abhilfe schaffen und werden es unbedingt tun müssen. Augenscheinlich erwartet im übrigen mittelbar von diesen Maßnahmen die Regierung wohl auch noch eine wirksamere Auflockerung des Preisgefüges, als alle Preisvorschriften oder Kartellbeanstandungen bringen konnten. Davon ist es denn auch glücklicherweise sonst still geworden. Das Kernstück des ganzen Anturbelungs-experiments ist der Steuerchein, und hier kreisen naturgemäß alle Überlegungen sofort in erster Linie um die Frage nach möglichen Inflationswirkungen und -gefahren. Man wird dabei nicht vergessen dürfen, daß bis in sehr große Nähe der Regierung sehr beachtliche Stimmen noch immer die Ansicht vertreten, ohne gewisse inflationistische Momente sei die Deflation überhaupt nicht zu überwinden und die Konjunktur nicht wieder in Gang zu bringen. Man macht dabei allerdings einen tatsächlich auch richtigen und wichtigen Unterschied zwischen der Inflation, der Deutschland 1924 noch einmal glücklich entronnen ist, und dem, worum es sich jetzt handeln soll. Während damals die Inflation aus der Rotenpresse quoll, die von einer Regierung, die zu entsprechender Steuerpolitik und Sparjamkeit nicht den Mut hatte, unentwegt und immer wilder gedreht wurde, soll es sich jetzt lediglich um eine Ausweitung des Produktionskredits für die Wirtschaft handeln. Ob sich die Eskomptierung der zukünftigen Steuerentlastung, als die sich die Steuercheineidee auffassen läßt, in diesem Sinne auswirken wird, auswirken kann oder muß, wird nicht zuletzt von der Verwendung der Steuercheine durch die Wirtschaft, die sie geschenkt werden, abhängen. Schon sind Stimmen da, die bezweifeln, daß sich auf dieser Grundlage wirklich eine erweiterte Kreditwirtschaft entwickeln wird, da zunächst nur Ent- und Umschuldungswirkungen zu erwarten seien. Was richtig ist, kann allein das Ergebnis der eingeleiteten Aktion zeigen. Es ist müßig, darüber allzu tiefgründige Erwägungen anzustellen. Von Regierung und Reichsbankleitung liegt die Zusicherung vor, daß die Währung auf jeden Fall ungefährdet erhalten werden solle. Es gibt außerdem Anzeichen, daß hier in der Tat mit den Steuercheinen ganz andere Absichten verfolgt werden als irgendeine Kreditinflation. Man wird sich erinnern müssen, welche Rolle im Anfang der Diskussion über mögliche Regierungsmaßnahmen vor Wochen die Frage der gehorteten Gelder gespielt hat, die man damals auf 600 Millionen schätzte. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß mindestens mit einer der mit den Steuercheinen beabsichtigten Wirkungen die ist, jene Millionen aus ihren Verstecken hervorzuholen und möglichst wieder in den Verkehr zu bringen. Letzten Endes kommt es, ähnlich wie einst bei der Schaffung der Rentenmark, auf den Suggestionserfolg der Steuercheine an. Man muß an sie glauben, dann können sie Wunder tun. Das meinten schließlich auch Papen und Luther, wenn sie mit so besonderer Betonung an dem Unternehmungsmut der Wirtschaft selbst appellierten. Kreditmöglichkeiten gibt es. Es fehlt an den kreditwürdigen und wagemutigen Unternehmern, die sie auszunutzen bereit wären, wie Luther vor den Genossenschaften glaubte feststellen zu müssen. Da aber ist darauf hinzuweisen, daß doch auch noch andere Voraussetzungen erfüllt sein müssen, ehe der verantwortungsbewußte Unternehmer an die Arbeit gehen kann. Der inner- und außenpolitische Friede muß entsprechend gesichert erscheinen, und vor allem muß volle Rechtsicherheit, in erster Linie gegen willkürliche Eingriffe des Staates in die wirtschaftliche Vertragsfreiheit, gewährleistet werden.

Daß die Anturbelung der deutschen Wirtschaft in vollem Umfang und auf die Dauer überhaupt nur im Anschluß an einen Umschwung der Weltwirtschaftskonjunktur gelingen kann, ist allseitig zugegeben. Auch hier indessen ist noch alles in der Schwebe. Immerhin ist viel schon in Vorbereitung. Nach und nach wird vor allem ersichtlich, daß in Lausanne doch mehr geschehen ist, als zunächst offen als Ergebnis bekanntgegeben worden ist. Die jetzt tagende Konferenz in Stresa, die eine Lösung der Osteuropafragen anstrebt, zeigt, daß Frankreich hier viele Pflöcke zurückgesteckt hat. Deutschland hat dafür offenbar